

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 37

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 6. September 1931

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 6-12IV.
Fernruf: Berlin E2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

Zum Frankfurter Gewerkschaftskongreß.

Der am 31. August in Frankfurt begonnene Gewerkschaftskongreß tagt nunmehr zum zweiten Male in Frankfurts Mauern. Aber welcher Unterschied zwischen damals und heute. Während auf dem dritten Gewerkschaftskongreß 1899 von der Generalkommission nur 487 000 Mitglieder nachgewiesen werden konnten, zählt der ADGB bei seinem jetzt stattfindenden 14. Kongreß das Zehnfache an Mitgliedern, obwohl er durch die ungeheure Krise im letzten Jahre rund 230 000 Mitglieder verloren hat. Und mit diesem damaligen Mitgliederzuwachs haben auch die Gewerkschaften und ihr Kongreß in gleichem Maße an Bedeutung und Macht gewonnen. Damit sind sie auch gleichzeitig über ihren früheren Aufgabekreis längst hinausgewachsen. Das erkennt man wiederum deutlich, wenn man die Tagesordnung vom Frankfurter Kongreß Anno 1899 und heut vergleicht.

Die Auswirkungen des Krisenrekordjahres drücken der Frankfurter Tagesordnung gewissermaßen den Stempel auf. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht das so heiß umstrittene Thema der „Umwälzungen in der Wirtschaft und die Bierzigstundenswoche“, wozu der bekannte Heidelberger Professor Lederer das Referat übernommen hat. Es ist wohl sicher, daß der Gewerkschaftskongreß einmütig die Forderung der Gewerkschaften nach Einführung der Bierzigstundenwoche als Mindestforderung gutheißen wird. Ebenso sicher ist es aber auch schon jetzt, daß die Bierzigstundenwoche nur eine kleine Etappe auf dem Wege der weiteren notwendigen Arbeitszeitverkürzung bildet. Die Unsinnigkeit der heutigen Wirtschaftsordnung und die Unfähigkeit der heutigen Wirtschaftsführer ist niemals stärker in Erscheinung getreten als in der gegenwärtigen Zeit. Die am meisten unter diesen Umständen leidende Arbeiterschaft hat daher ein Recht darauf, auf diesem Gebiete mehr Einfluß und mehr Berücksichtigung ihrer Forderungen zu verlangen.

In engem Zusammenhang damit steht der weitere Tagesordnungspunkt „Entwicklung

und Ausbau des Arbeitsrechts“, zu welchem der Bundessekretär Nörpel das Referat hat. Hier stehen ebenfalls Gegenwartsforderungen zur Beratung, welche die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck anzumelden hat.

Als weiterer besonderer wichtiger Punkt steht dann noch das Thema über „Öffentliche und private Wirtschaft“ zur Debatte, wozu Oberbürgermeister Brauer, Altona, als Berichterstatter gewonnen wurde. Auch dieses Thema berührt die Arbeiterschaft mehr, als sie im allgemeinen annimmt. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn die Erörterung dieser Themen in der Öffentlichkeit im allgemeinen wie bei der Arbeiterschaft im besonderen den notwendigen Widerhall findet und aufrüttelnd wirkt, damit wir auf diesem Wege ein paar Schritte vorwärtskommen.

Daß der Frankfurter Gewerkschaftskongreß an der gegenwärtigen Misere eine Besserung bringt, ist natürlich ausgeschlossen. Er kann nur wegweisend und bahnbrechend wirken und der Masse der Arbeiterschaft zeigen, welche Taktik, welchen Weg sie weiter einzuschlagen hat, um auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse vorwärtszukommen.

Das Wichtigste hierbei ist allerdings, daß die Arbeiterschaft endlich einsieht, daß sie nur als geschlossenes Ganzes zum Ziele kommen kann. Nichts ist gefährlicher, als Zersplitterung ihrer Kräfte in Dutzenden von Organisationen. Nichts ist den Unternehmern gefährlicher, als eine einheitlich organisierte Kraft der Arbeiterschaft. Sätten wir anstatt 4 1/2 Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter das Doppelte oder Dreifache, dann würde es anders um die Rechte und den Einfluß der Arbeiterschaft stehen. Hoffentlich trägt der Frankfurter Kongreß ein gut Teil dazu bei, die Arbeiterschaft aufzurütteln und ihnen die Erkenntnis einzuhammern: Nur durch eine machtvolle Organisation kann die Arbeiterschaft ihre Forderungen verwirklichen.

Ist die technische Entwicklung eine Gefahr?

Der menschliche Geist steht nie stille. Täglich werden neue Erfindungen und Entdeckungen gemacht, die der Wissenschaft, der Technik usw. zugute kommen. Eine Erfindung setzt die andere in den Schatten und heute noch nicht für möglich gehaltenes wird morgen schon zur Tatsache. Wir fahren jetzt unter, wie früher auf der Erde, können nach Belieben auf dem Meer, wie unter dem Meeresspiegel hinweg das Meer durchkreuzen, und wenn es uns beliebt fliegen wir sogar mit dem Luftschiff oder Flugzeug darüber hinweg. Das Wunderbare ist, daß wir mit all diesen modernen Verkehrsmitteln jederzeit Verbindung mit der Umwelt behalten und auf drahtlosem Wege uns verständigen können. Aber überaus rückständig und kleinlich mutet es uns an, wenn in dieser Zeit der hoch entwickelten Verkehrstechnik alle Völker noch immer ängstlich ihre Grenzen hüten, als könnten sie ihr Land mit einer chinesischen Mauer umgeben.

Den gleichen Fortschritt wie in der Verkehrstechnik sehen wir bei der heutigen Produktion. Die rasende technische Entwicklung mit der in den letzten Jahren nach amerikanischem Muster Hand in Hand gehenden Rationalisierung und dem Millionenherr der Arbeitslosen haben bei vielen die Ueberzeugung erweckt, daß die immer noch weiter fortschreitende technische Entwicklung eine Gefahr für die Arbeiterschaft sei. Wenn diese technische Entwicklung eine Gefahr und einen Schaden für die Produktion und die Arbeiterschaft gebracht hat, so ist dies nur auf mangelnden Weitblick, Festhalten an alten Anschauungen und Gefehen und insbesondere auf den Mangel einer disziplinierten und fest organisierten Arbeiterschaft zurückzuführen. Alle Entdeckungen und technischen Erfindungen sind nicht gemacht, um dem einzelnen zu dienen, sondern der Allgemeinheit zugute zu kommen. Und es ist selbstverständlich, daß bei unserer heutigen hoch entwickelten Maschinenteknik der Achtstundentag längst überholt ist und gewissermaßen als Anachronismus betrachtet werden kann. Mit vollem Recht hat daher — wie wir neulich an dieser Stelle ausführlicher darauf hinwiesen — der englische Professor Thomas Oliver in einem Vortrag betont, daß bei dem Stande der heutigen Maschinenteknik die 30-Stunden-Woche zeitgemäß sei. Selbst der berühmte amerikanische Erfinder Edison, der doch ein ganz besonders guter Kenner unseres Maschinenzeitalters ist, hat bereits vor 10 Jahren sich dahin ausgesprochen, daß die heutige Technik den vierstündigen Arbeitstag notwendig und gerechtfertigt erscheinen läßt.

Auch in der Papierverarbeitungsindustrie ist die Entwicklung mit Riesenschritten vorwärtsgegangen. Wir erinnern nur an die moderne Buchmaschine, die die ungefalteten Bogen vorgelegt bekommt und die fertigen Broschüren geheftet, geleimt, mit Um-

schlag versehen und beschneiden hinten herauswirft. Noch stärker ist diese Entwicklung in der Kartonnagenindustrie ihren Weg gegangen, und fast täglich werden gerade in dieser Maschinenindustrie noch immer größere Verbesserungen erzielt. Es ist kennzeichnend für die Entwicklung, wenn sogar in Kartonnagen-Unternehmerrkreisen eine Lanze dafür eingeklagt werden muß, daß die technische Entwicklung nicht eine Gefahr, sondern ein Vorteil für die Kartonnagenfabrikation sei. So hat sich unter anderem der Direktor Heydenreich von der Sächsischen Kartonnagenmaschinen A.-G. in einem Fachblatt dafür eingesetzt und dargelegt, daß das Aufhören der technischen Entwicklung ein großer Schaden für die gesamte Kartonnagenindustrie sein würde. Mit Recht betont er, daß es unrecht sei zu sagen, die Technik mit ihren neuen Maschinen sei daran schuld, wenn es so schlecht um die Kartonnagenindustrie bestellt ist. Die wirkliche Schuld liege vielmehr in der mangelnden Erkenntnis, daß die Firmen mit veralteten Einrichtungen und ihren ungünstigen Produktionsbedingungen mit der gegenwärtigen Zeit nicht mehr Schritt halten können und selbstverständlich in Schwierigkeiten geraten müssen.

Diese Auffassung steht in erfreulichem Gegensatz zu der Einstellung des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen, der mit seinen konservativen Anschauungen noch immer nicht erkannt hat, daß das Rad der Entwicklung über ihn und seine Betriebsformen hinweggegangen ist, wenn er auch in einer Denkschrift seinerzeit zugegeben hat, daß das Buchbinderhandwerk stark überaltert sei. Wenn heut ein Arbeiter über 40 Jahre alt ist, hat er kaum mehr Aussicht in einem Betriebe unterzukommen. Nach der letzten Berufs- und Gewerbezählung waren aber in den kleinen Betrieben des Buchbinderhandwerks nicht weniger als 42,5 Proz. der Inhaber, die über 50 Jahre alt waren. 15,5 Proz. hatten sogar das 60. Lebensjahr überschritten und 1,5 Proz. waren sogar über 75 Jahre alt. Ist es bei diesen Verhältnissen ein Wunder, daß so überaus trübe Verhältnisse im Buchbinderhandwerk bestehen? Bestünde eine Möglichkeit, die überalterten 42,5 Prozent aus dem Produktionsprozeß und Konkurrenzkampf auszuschalten, so ergäben sich für die restlichen 57,5 Proz. der Betriebe ohne weiteres eine bessere Verdienstmöglichkeit. In der Annahme, daß diese jüngeren Kräfte auch eher die Notwendigkeit erkennen und gewillt sind, für eine moderne Betriebseinrichtung Sorge zu tragen, kann man sagen, daß sie dann auch ohne weiteres imstande wäre, die gewiß nicht allzu hohen allgemeinen tariflichen Bedingungen besser zu erfüllen.

Aber da liegt eben der Hase im Pfeffer. Selbst dort, wo man weitere technische Entwicklung und moderne Betriebsausstattung als eine Notwendigkeit ansieht, ist man blind für die daraus sich ergebenden entsprechenden Forderungen der Arbeiter. Man sieht nicht oder will noch immer nicht sehen, daß kürzere Arbeitszeit und erhöhte Löhne mit der technischen Entwicklung gleichen Schritt halten müssen. Das ist doch schließlich nicht der Sinn des Lebens, daß der Mensch vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeitet, nur um sein Dasein zu fristen, und auf der anderen Seite Waren aufgestapelt werden, die wegen zu geringer Kaufkraft nicht abgesetzt werden können; sondern die technische Entwicklung soll der gesamten Menschheit zugute kommen. Ist diese so weit, daß wir bei 4- bis 5stündiger Arbeitszeit genug Waren produzieren können, so ist es widerförmig, kulturwidrig und unmenschlich, die Arbeiterschaft über diese Zeit hinaus in den Fronddienst zu spannen.

Innungen und Gesellenausschüsse.

Eines unserer ältesten sozialen Gesetze ist die vom 21. Juni 1869 datierende Gewerbeordnung. Die Entwicklung der Zeit und insbesondere die der Technik brachte es mit sich, daß man in unzähligen Ergänzungen und Novellen zur Gewerbeordnung den Forderungen der Zeit einigermaßen gerecht wurde. Nur der Titel VI der Gewerbeordnung, der die Bestimmungen über Innungen und Innungsausschüsse, Handwerksstammern und Innungsverbände enthält, ist trotz mehrfacher Änderungen und Ergänzungen in seinen Grundzügen erhalten geblieben, obwohl gerade dieser Titel eine gründliche, der heutigen Zeit entsprechende Umgestaltung erforderlich machte. Zwar sind durch die Handwerksnovelle vom 1. April 1929 die Rechte der Gehilfenschaft bzw. der Gesellenausschüsse erheblich erweitert worden, befriedigen kann uns diese Reform jedoch nicht. Es muß unsere Aufgabe sein, auch auf diesem neuen Gebiet reformierend zu wirken.

Ueber das gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkungsrecht der Gesellenausschüsse heißt es wörtlich im § 103k der Gewerbeordnung:

Der Gesellenausschuß muß mitwirken:

1. Beim Erlaß von Vorschriften, welche die Regelung des Lehrlingswesens zum Gegenstand haben.
2. Bei Abgabe von Gutachten über sozialpolitische Fragen und bei Erstattung von Berichten über Angelegenheiten, welche die Verhältnisse der Gehilfen und Lehrlinge bestimmen.
3. Bei der Entscheidung über Beanstandungen von Beschlüssen der Prüfungsausschüsse (§ 132).

Als Hauptaufgabe erwächst den Gesellenausschüssen die Prüfung des Innungstatuts, in dem über Art und Umfang ihrer Befugnisse die wesentlichsten Bestimmungen enthalten sein müssen.

Als weitere Interessenvertretung dienen den Innungen die Handwerksstammern, in denen die Gesellenausschüsse ebenfalls auf Grund der am 1. April 1929 in Kraft getretenen Handwerksnovelle vertreten sind. Während die Innungen fast ausnahmslos streng beruflich gegliedert bzw. getrennt sind, finden bei den Handwerksstammern sämtliche Innungen eines Bezirks ihre Interessenvertretung.

Die den Gesellenausschüssen neu zugewiesenen Aufgaben machen es notwendig, daß auch die Gewerkschaften sich mehr als bisher um die Wahlen dieser Ausschüsse kümmern. Leider ist das Interesse allenthalben noch sehr gering, was verständlich erscheint, wenn man den seitherigen geringen Einfluß der Gehilfenschaft im Innungswesen kennt. So haben wir beispielsweise auf unsere diesjährige Umfrage nur aus 29 Orten Mitteilung bekommen, daß Mitglieder unseres Verbandes in die Gesellenausschüsse gewählt worden sind, und zwar kamen insgesamt 57 Kollegen hierfür in Frage. Drei der letzteren waren gleichzeitig zur Handwerkskammer gewählt, von denen einer Vorsitzender der Handwerkskammer und gleichzeitig Hilfslehrer einer Berufsschule war. Bemerkenswert ist, daß selbst in Stuttgart nicht ein Kollege im Gesellenausschuß sitzt, weil die Innungsbetriebe so außerordentlich wenig Gehilfen beschäftigen. Nur im Fachauschuß sind wir dort mit fünf Mann vertreten. Ähnliches wird aus Heilbronn berichtet, wo die Buchbindermeister einer freien Vereinigung angehören und der Handwerkskammer nicht angeschlossen sind. Nur drei Kollegen der Gewerbeschule sind dort in der Lehrlingsprüfungskommission vertreten.

Welch starkes Interesse die Gewerkschaften an diesem neuen Tätigkeitsgebiet haben, erkennt man daran, daß sich nach den Feststellungen des Reichsverbandes für das Deutsche Handwerk gegenwärtig etwa 770 000 Lehrlinge in der Ausbildung befinden. Allein in den drei Handwerkskammerbezirken Berlin, Frankfurt a. d. O. und Schneidemühl bestehen rund 1500 Innungen, die 60 000 Lehrlinge beschäftigen. Die Gewerkschaften werden unmehr diesem Gebiet in Zukunft ein stärkeres Augenmerk zuwenden müssen. Es ist daher nur zu begrüßen, daß die Bezirkssekretariate des ADGB — wie dies das Berliner jüngst tat — besondere Konferenzen der freigewerkschaftlich organisierten Gesellenausschußmitglieder einberufen, um zu den Aufgaben der Gesellenausschüsse Stellung zu nehmen. Als Fortsetzung sollen dann die Gesellenausschußmitglieder der einzelnen Orte durch die Ortsausschüsse des ADGB. zusammenberufen werden. Die Innungen waren lange genug in einen Dornröschenschlaf verfallen; es ist daher an der Zeit, sie aus diesem zu wecken.

Ganz wie bei uns!

Die Arbeitslosen sollen die Kosten des Krieges tragen.

Noch ist die Flut der Proteste gegen die Vorschläge der Königl. Kommission zur „Sanierung der Arbeitslosenversicherung“, d. h. zur Beschneidung der Rechte der Arbeiter, nicht verbbt, und schon werden in Großbritannien von einer Spartkommission neue umfangreiche Sparmaßnahmen im Gesamtbetrage von 96½ Millionen Pfund vorgeschlagen. Nicht weniger als 66 dieser fast 100 Millionen Pfund = 2200 Millionen Mark sollen auf Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung entfallen. Die Parole lautet: 20prozentige Kürzung der Bezüge, Erhöhung der wöchentlichen Beiträge auf 10 Pence = 85 Pf. für den Arbeiter, den Staat und den Unternehmer. Die Herabsetzung der Unterstützung würde sich dahin auswirken, daß eine Familie mit zwei Kindern nicht mehr 30, sondern nur noch 24 Schilling = 24,50 Mk. per Woche erhält. 13,6 Millionen Pfund sollen die Lehrer durch Lohnherabsetzungen beisteuern; nahezu 2 Millionen Pfund würden durch Einschränkung der Ausgaben für Bildungszwecke, Mutterschaftsfürsorge usw. aufzubringen sein. Um ganze 970 000 Pfund hingegen sollen die Ausgaben für Heer, Flotte und Luftstreitkräfte vermindert werden. Die Zinsen für die nationale Schuld, die sich auf den Riesenbetrag von 302 Millionen Pfund, also über 6 Milliarden Mark nach deutschem Gelde per Jahr belaufen, sollen gar nicht getüzt werden, was einen Abgeordneten zu der Bemertung veranlaßte, daß auf diese Weise eigentlich die Arbeitslosen die Lasten des Krieges tragen müssen.

Dagegen hat die Kommissionsminderheit vorgeschlagen, daß, wenn Opfer gebracht werden müssen, dann auch alle Teile der Bevölkerung nach Maßgabe ihrer Zahlungsfähigkeit herangezogen werden.

Kurze Notizen.

1. Das Wort **Stil** stammt von dem lateinischen Wort „stilus“, das das griffelförmige Schreibgerät der Alten bezeichnete. In übertragenen Bedeutung wurde es dann gebraucht für alles Geschriebene überhaupt, vor allem aber für die Ausdrucksform des Geschriebenen und Gedachten und schließlich für jede Art künstlerischer oder literarischer Ausdrucks- und Darstellungsweise.

Stimmen aus unserem Kollegenkreis.

Bitte, keine Beitragserhöhung.

Bezugnehmend auf den Artikel in der „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 31 „Vor schweren Entscheidungen“ möchte ich als Unterkassierer den Vorstand davor warnen, in der heutigen geldknappen Zeit den Verbandsbeitrag zu erhöhen. Jeder Unterkassierer wird aus Erfahrung wissen, wie es heute mit dem Kassieren aussieht. Bald jeder Zweite fragt: „Wann geht der Verband mit dem Beitrag herunter, ich kann mit dem Lohnabbau und bei dieser langen Kurzarbeit den Beitrag nicht mehr bezahlen.“ Das fragen alle Verbandsmitglieder, die da wissen, um was es geht. Wenn der Vorstand wüßte, was ein Unterkassierer alles hören muß und wie man die Kollegen und Kolleginnen zufriedenstellen muß, er hätte an keine Beitragserhöhung gedacht. Die Vollarbeit dauert sechs Wochen, wenn es gut geht, acht oder zehn Wochen im Jahr, sonst wird immer verkürzt gearbeitet oder ausgesetzt. Dazu sollen auch noch die Leistungen abgebaut werden, mit denen wir Unterkassierer die Kollegen immer noch gehalten haben. Schon oft wurde mir vorgehalten: „Warum zahlen wir in Ortsklasse III denselben Beitrag wie in Ortsklasse I?“ Kann von den Kurzarbeitern noch mehr verlangt werden, als daß sie ihren Beitrag wie bisher bezahlen? Sollte der Beitrag erhöht werden, dann darf der Vorstand nicht mit einer Wehreinnahme rechnen, sondern mit einem Verlust an Mitgliedern. Ein Unterkassierer.

Austausch-Gehilfen.

Der aus der Jetztzeit bis in die Vorkriegsjahre sich erhaltene Wandertrieb der Handwerksgehilfen hatte durch den Krieg bereits einen empfindlichen Rückgang erlitten. Durch die trostlosen und verworrenen Verhältnisse der Nachkriegszeit ist dem Wandern fast ganz der Lebensstolz verjeht worden. Obwohl dreizehn Jahre seit dem Weltkrieg verstrichen sind, werden noch immer die meisten Grenzen des Auslandes ängstlich vor dem Zugang Fremder gehütet, und der junge Bursche, der mit dem Ränzel auf dem Buckel von Ort zu Ort und von Land zu Land wanderte, ist heute fast eine unbekannte Erscheinung. Mehr den je spricht und schreibt man wohl heute über die Notwendigkeit des gegenseitigen Sich-kennen-lernens der Völker. Professoren, Studenten und Schüler werden ausgetauscht, um andere Länder, Völker und Sitten kennenzulernen. Aber für den wandernden Handwerksburschen bleiben noch immer die Grenzen verschlossen, obwohl es gerade der Industriearbeiterschaft aller Länder dringend not tate, sich in anderen Ländern mehr umzuschauen und sich in Sprachen und Technik mehr zu vervollkommen. Zwar hat man bei einigen Landesarbeitsämtern sogenannte Austauschstellen für die im Ausland Stellung suchenden Arbeiter eingerichtet. Papiermäßig hat man also wohl etwas geschaffen, aber in der Praxis ist es für die Rab'.

Spricht es nicht geradezu Bände, wenn die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ einen Artikel von mehr als einer halben Spalte Länge bringen muß, um Stellung für einen deutschen Buchdrucker in Amerika und einen amerikanischen Buchdrucker in Deutschland zu finden? Auch unserem Verbandsvorstand sind wiederholt solche Gesuche deutscher und ausländischer Kollegen zugegangen. Trotz aller Bemühungen war es jedoch nicht möglich, diesen Kollegen zu helfen. Wohl fanden wir bei einigen Unternehmerorganisationen Verständnis für unser Ersuchen, die jungen Leute unterzubringen. Andere hatten jedoch Bedenken und wollten eine große Staatsaktion daraus machen. Jedenfalls geht es uns wie jenem oben bezeichneten Buchdrucker.

Ist das nicht geradezu beschämend und lächerlich? Was verschlägt es denn, wenn selbst bei dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit, die doch fast in allen Ländern herrscht, ein paar hundert Handwerksburschen mehr oder weniger in das Land einzuleiten. So verlockend sind die Verhältnisse heute nirgends, daß die

jungen Wanderburschen scharenweise dorthin strömen würden. Will man einem gewissen Unfug steuern, dann gibt es genug Mittel und Wege, sich dagegen zu schützen. Ob das durch eine Bescheinigung der Organisation, des Arbeitsamts oder dergleichen zu geschehen hat, soll dahingestellt bleiben. Aber man schaffe endlich den jungen Leuten Gelegenheit, andere Länder, Völker, Arbeitsmethoden usw. nach Belieben kennenzulernen. Der Worte sind genug gefallen; nun laßt uns endlich Taten sehen!

Von der Arbeitsdienstpflcht zum freiwilligen Arbeitsdienst.

II. (Schluß.)

Die Reichsregierung hat in ihrer neuen Notverordnung eine gesetzliche Grundlage für die finanzielle Unterstützung des freiwilligen Arbeitsdienstes geschaffen, indem sie in das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen neuen § 139a (§ 139 handelt von den Notstandsarbeiten) einfügte, in dem der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die Ermächtigung zu dieser finanziellen Unterstützung aus ihren Mitteln gegeben wird. Außerdem ist in der Notverordnung die Ermächtigung enthalten, nach der das Reich Garantien im Umfange von 300 Millionen Mark für produktive Arbeiten geben kann und ermächtigt ist, Schulbuchforderungen für die Finanzierung dieser Arbeiten auszustellen, so daß auch von hier aus der freiwillige Arbeitsdienst Förderung erfahren könnte. Die Reichsregierung ist mit diesen Bestimmungen nur der Linie gefolgt, die sie in dieser Hinsicht schon lange eingehalten hat. Daß es nicht bei bloßen Absichten bleiben soll, sondern daß man versuchen will, diese Experimente in die Praxis umzusetzen, beweisen die kürzlich abgehaltenen Ressortbesprechungen mit den am Arbeitsdienst interessierten Verbänden, auf Grund deren nunmehr eine Durchführungsvorordnung erlassen ist.

Diesem Bestreben von „oben“ kommen Bemühungen von „unten“ nur allzusehr entgegen. Da nach den Bestimmungen der Notverordnung Träger dieses freiwilligen Arbeitsdienstes außer den Körperschaften des öffentlichen Rechts und gemeinnützigen Vereinigungen und Stiftungen (z. B. landwirtschaftliche Meliorationsgenossenschaften, Deichgenossenschaften und Siedlungsverbände) ganz allgemeine Vereinigungen sein können, „die Gruppen von Arbeitswilligen für Arbeiten der oben erwähnten Art zusammenfassen“ — ist der Rahmen praktisch ungeheuer weit gespannt, was dazu führt, daß sich alle möglichen Organisationen dafür interessieren. Stellenweise stehen Studenten im Vordergrund der Bemühungen um die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes, so in Baden und Württemberg, Bayern, Leipzig usw. Auch von anderer Seite tauchen allerlei, zum Teil ganz phantastische Projekte auf. Es regt sich überall — besonders bei den Wehrverbänden! Der „Jungdeutsche Orden“ und seine Freunde haben mit dem genannten Paragraphen der Notverordnung das längstbegehrte Spielzeug erhalten — das war wohl der politische Zweck! — und sie werden sicherlich damit eifrig zu spielen versuchen. Soll es bald überall im Lande von „Arbeitsdienstkolonien“ wimmeln?

Hier ist ein entschobenes Reint am Blase! Hatte die Arbeiterschaft gute Gründe, gerade in der jetzigen Zeit die Arbeitsdienstpflcht scharf abzulehnen, so gilt das nicht minder vom freiwilligen Arbeitsdienst. Drei Gruppen guter Gründe zwingen dazu:

Erstens handelt es sich hier unseres Erachtens um eine höchst fragwürdige Verausgabung öffentlicher Gelder, um Experimente, deren Erfolg sehr zweifelhaft ist und die — wie wir befürchten — mit einer finanziellen Pleite für das Reich enden werden. Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß Arbeitsdienstpflcht die teuerste Art der Arbeitslosenhilfe ist. Und mit dem freiwilligen Arbeitsdienst ist es ganz ähnlich. Hinzu kommt, daß man seitens der Regierung anscheinend nicht daran gedacht hat, wie verbitternd es wirken muß, wenn einerseits unter Hinweis auf die schwierige Finanzlage die Leistungen der Arbeitslosenversicherung stark abgebaut werden, während man andererseits plötzlich in derselben Notverordnung — die das sanktioniert — finanzielle Mittel für wirtschaftlich teure, arbeitsmarktpolitisch

fast zwecklose, massenpsychologisch höchst ungeschickte Experimente zur Verfügung stellen will! Statt alle Gelder zu machtvoller, konzentrierter, entlohnter und Massenkraft schaffender Arbeitsbeschaffung zu verwenden, sollen sie für nichtentlohnte Arbeitsdienstexperimente zerplittert werden! Wahrlich eine sinnige Botschaft in den Ohren der Arbeitslosen!

Zweitens handelt es sich bei diesen Arbeitsdienstkolonien um Einrichtungen, die nur zu leicht zu Institutionen des Lohndrucks werden können. Wie bereits gesagt, erhalten die Beteiligten keinerlei Entlohnung. Für ein Taschengeld von 50 Pf. (im Höchstfall bis zu 2 Mk.) sollen sie den ganzen Tag schwer arbeiten! Die Unternehmer werden schmunzeln: hier wird eine Generation zu der gewünschten „Bedürfnislosigkeit“ erzogen. Und der wirtschaftliche Erfolg? Die Zahl nichtentlohnter Menschen würde anschwellen, die Kaufkraft aber sinken, so daß am Ende dieser Experimente statt verringert Arbeitslosigkeit nur zu leicht vermehrte Arbeitslosigkeit stehen kann! Die schlimmste soziale Entrechtung ist ferner darin zu erblicken, daß diese Beschäftigung kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts begründet soll!

Die dritte Gefahrengruppe liegt darin begründet, daß auf dem Wege über den freiwilligen Arbeitsdienst allmählich der Boden für die Arbeitsdienstpflcht vorbereitet werden soll, so daß man dann an Stelle unserer Ueberschrift „von der Arbeitsdienstpflcht zum freiwilligen Arbeitsdienst“ später die umgekehrte stellen könnte. Charakteristisch ist, daß — außer idealistischen Verfechtern in der Jugendbewegung und der Studentenschaft — die Hauptvertreter dieser Ideen in „nationalen“ Verbänden zu finden sind und daß auch die Arbeitgeber ihnen wohlwollend gegenüberstehen! Im Hintergrund droht die Gefahr, daß einerseits der Dintz-Gedanke, andererseits der Gedanke der „nationalen Wehrhaftigkeit“ diese freiwilligen Arbeitsdienstkolonien infizieren, daß eine Streikbrecher- und Bürgerkriegsarmee in ihnen herangezüchtet werden soll!

Um den jugendlichen Arbeitern — und auf die kommt es den Drahtziehern ja an — den Arbeitsdienst schmackhaft zu machen, halte man ihnen ja schnell die Arbeitslosenunterstützung gestrichen! Die materielle Not soll sie in die „freiwilligen“ Arbeitslager treiben. Erst das Eingreifen der Sozialdemokratie hat hier Widerungen erreicht.

Dank der gewerkschaftlichen Mitarbeit — durch die ihre grundsätzliche Ablehnung nicht berührt wird — sind in der am 3. August in Kraft getretenen Durchführungsvorordnung einige Verbesserungen erreicht, so vor allem, daß die Arbeits- und Landesarbeitsämter die „Zusätzlichkeit“ der Arbeit genau zu prüfen und über die Arbeitslager die Aufsicht haben. Außerdem ist die „Freiwilligkeit“ stärker betont: Ablehnung der Teilnahme an den Arbeitslagern darf den Arbeitslosen nicht als Arbeitsunwilligkeit ausgelegt werden! Staatsfeindliche und politische Zwecke dürfen nicht unterstützt werden; außerdem ist nicht ausgeschlossen, daß sie gerade gegen Arbeitslager des Reichsbanners angewendet wird.

Im ganzen bleibt trotz allem der freiwillige Arbeitsdienst eine unerfreuliche Angelegenheit. Für größere Arbeitsprojekte ist kein Geld vorhanden. So wird das Geld in eine Reihe kleinerer, aber politisch bedenklicher und Unruhe erweckender Experimente zerplittert. Der politische Zweck, der im Hintergrund steht, ist bei einigen politischen Gruppen (Jungdo, Wehr- und „nationale“ Jugendverbände) Sympathien für die derzeitige Regierung abzugewinnen! Für die Arbeiterschaft gilt es gegenüber den Verfechtern des freiwilligen Arbeitsdienstes weiterhin wachsam sein. Kurt Hirschke.

Gelesene Nummern

der „Buchbinder-Zeitung“
gibt man an seine
organisierten Kollegen weiter

INTERNATIONALES

Bezahlter Urlaub für Buchbinder in Belgien.

In einem längeren Aufsatz hält unser belgisches Bruderorgan die Tatsache fest, daß der gesetzliche Urlaub in Belgien keinerlei Fortschritte gemacht hat. Nur den Bucharbeitern war es als seither einzige Berufsgruppe möglich, den bezahlten Urlaub im Tarifvertrag zu verankern. Gewiß ist der Anfang bescheiden genug — der Urlaub beträgt zunächst drei Tage, er wird im sechsten Jahre bis zu sechs Tagen verlängert —, doch es ist eben ein Erfolg, der nur mit Hilfe der geschlossenen Organisation in der graphischen Industrie möglich war in Verbindung mit der Tatsache, daß die Löhne durch Tarifverträge gebunden als Wochenlöhne gelten. Damit ist gesagt, daß die auf einen Wochentag fallenden Feiertage vom Unternehmer wie Arbeitstage bezahlt werden müssen.

*

Belgien.

„Der Bucharbeiter“, das Verbandsorgan der Buchbinder und Lithographen, veröffentlicht einen Artikel aus der Buchbinder-Zeitung Oesterreichs, in dem diese Zeitung nicht nur das Recht auf die Zollunion, sondern überhaupt auf den „Anschluß“ an Deutschland verteidigt. Wenn auch die belgische Verbandszeitung zum Schluß ausdrücklich erklärt, mit Veröffentlichung dieses Artikels wolle sie nicht selbst zu der Frage Stellung nehmen, so ist doch das Bestreben anerkennenswert, die Verbandsmitglieder und sonstigen Leser der Zeitung in objektiver Weise zu unterrichten. Zum Schluß sagt die belgische Zeitung: „Wir glauben, daß es schwierig sein wird, sich auf die Dauer den Wünschen der deutschen und österreichischen Bevölkerung zu widersetzen.“

*

Zehnte skandinavische Konferenz der Buchbinder in Stockholm.

Die besonders innige Verbundenheit der drei skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden kam erneut auf der zehnten skandinavischen Konferenz, die vom 24. bis zum 26. Juli in Stockholm stattfand, zum Ausdruck. An dieser Konferenz nahm auch der internationale Sekretär, Kollege Hochstraßer-Bern, teil. Die auf der Konferenz gegebenen Berichte über die Entwicklung der drei Verbände zeigten vor allem einen weiteren Fortschritt in bezug auf die Mitgliederzahlen. Einer der Hauptverhandlungspunkte der Tagung war der Großkampf in Norwegen und daran anschließend eine Revision des „Uebereinkommens zur gegenseitigen Unterstützung im Falle von Streik und Aussperrung“. Weiter wurde die Unterstützung der in den drei Ländern zureisenden Kollegen genauer festgelegt und beschlossen, den gegenseitigen Austausch jugendlicher Arbeitskräfte im Interesse der beruflichen Ausbildung nach Möglichkeit zu fördern.

Berichte.

Frankfurt a. M.-Offenbach. In der Vierteljahrsgeneralversammlung vom 11. August, die zum erstenmal im neuen Gewerkschaftshause abgehalten wurde, referierte Stadtverordneter Genosse Heilmann über die Notverordnungen der Brüning-Regierung. Der Referent führte aus, daß von allen Notverordnungen die vom 5. Juni d. J. für die Arbeiterschaft am wichtigsten und einschneidendsten ist. Der breiten Masse der Bevölkerung werden schwere Lasten auferlegt. Von dem Vortragenden werden die einzelnen Bestimmungen dann ausführlich erläutert und ihre unsozialen Auswirkungen aufgezeigt. Eine schwere Zeit steht der Arbeiterschaft noch bevor. Es muß deshalb jetzt fester denn je jeder in Treue zur Organisation stehen!

In der Diskussion beschäftigte sich Kollege Meß mit den Gefahren, die der Arbeiterschaft entstehen dadurch, daß viele Firmen ihre Sozialbeiträge nicht abführen. So ist zum Beispiel die Frankfurter Ortskrankenkasse im letzten Jahr um mindestens 1 Million Mark geschädigt worden. Die meist geringen Geldstrafen, die über die schuldigen Unternehmer verhängt werden, wirken eher anreizend als abschreckend.

Aufgabe der Betriebsräte wird es sein, hier von Zeit zu Zeit eine Kontrolle vorzunehmen, um die Kollegen vor Schäden zu bewahren.

Meß gibt dann den Geschäftsbericht vom zweiten Quartal. Die Lage hat sich auch in unserem Bezirk weiter verschlechtert. Die Arbeitslosenziffer ist weiter gestiegen. Entsprechend der schlechten Konjunktur ist der Mitgliederbestand etwas zurückgegangen, und zwar von 1056 auf 1002.

Beim gedruckt vorliegenden Kassenbericht weist Kollege Würzberger darauf hin, daß der Bestand der Kasse erneuert um über 700 Mark gesunken ist, so daß in absehbarer Zeit Maßnahmen zur Sicherstellung unserer Sonderunterstützungen für die ausgefallenen Verbandsmitglieder getroffen werden müssen. Einem Antrag der Ortsverwaltung, diese Unterstützung vorläufig bis zum 31. Dezember weiterzugeben, wird einstimmig von der Versammlung zugestimmt.

Zum Schluß forderte Kollege Kaulsch alle Anwesenden auf, sich am Massenaufmarsch der Arbeiterschaft anläßlich des Gewerkschaftstages recht zahlreich zu beteiligen und ebenfalls dafür zu sorgen, daß die aus gleichem Anlaß am 10. September geplante Versammlung, in der Kollege Michaelis-Berlin sprechen wird, ebenfalls einen guten Besuch aufweist.

Bezirksstag Ostpreußen. Zu dem in Nr. 18 der „Buchbinder-Zeitung“ gebrachten Bericht vom 6. Bezirksstag des Bezirks Ostpreußen wird uns jetzt von dem damaligen Schriftführer berichtend mitgeteilt, daß es in dem Bericht heißen sollte:

„Um die Not dieser Kollegen zu lindern, zahlten bis zum 1. September 1930 nur die männlichen Kollegen 20 Pf. Extrabeitrag. Und vom 1. September 1930 wurde der Extrabeitrag, der nicht ausreichend war, auf 50 Pf. für Kollegen und 25 Pf. für Kolleginnen festgesetzt.“

Keutlingen. In unserer Mitgliederversammlung am 14. August konnten wieder zwei Kollegen ihr 25jähriges Verbandsjubiläum begehen; dadurch erhöht sich die Zahl der am Ort vorhandenen Jubilare auf zwölf. Vorsitzender Speidel sprach den Jubilaren Göbel und Ziegler im Auftrage des Verbandsvorstandes und der Ortsverwaltung die herzlichsten Glückwünsche aus und überreichte ihnen die Ehrenurkunden und ein Geschenk der Ortsverwaltung. Weiter forderte er die jüngeren Kollegen auf, dem Beispiel der Jubilare nachzueifern und ebenso treu zum Verband zu halten.

Den Kassenbericht vom zweiten Quartal gab Kollege Späth. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 1557,82 Mk., davon konnten 900 Mk. eingeliefert werden. Die Lokalkasse balanziert mit 2205,32 Mk. Einnahmen und 501,08 Mk. Ausgaben, so daß ein Kassenstand von 1704,24 Mk. verbleibt. Bemerkenswert ist, daß in diesem Quartal für acht Arbeitslose 229 Mk. lokale Extraausgaben ausbezahlt wurden. Zu den Vorschlägen des Verbandsvorstandes betreffend Beitragserhöhung wurde ebenfalls Stellung genommen. In der lebhaften Aussprache kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß eine Beitragserhöhung gegenwärtig untragbar ist und deshalb unbedingt abgelehnt werden müsse. Es

wurde gefordert, daß der durch die Krise entstandene Fehlbetrag in der Verbandskasse ausschließlich durch Einsparungen an den Verwaltungsausgaben gedeckt wird. Mit dem Wunsche, die nächsten Versammlungen noch etwas besser zu besuchen, konnte Kollege Speidel die harmonisch verlaufene Versammlung schließen, an die sich noch eine gemüthliche Unterhaltung angeschlossen.

Sorau. Unsere am 10. August stattgefundene Versammlung erfreute sich eines guten Besuches. Nach der Erstattung des Kassenberichts durch den Kollegen Märklisch wurden noch einige interne Verbandsangelegenheiten erledigt. Dann folgte das wichtigste Ereignis des Abends, die Ehrung unseres ehemaligen Kassierers, Kollegen Schaller, für seine 25jährige Verbandszugehörigkeit. Kollege Schaller hat schon in frühester Jugend den Wert der Organisation erkannt und sich darum zu jeder Zeit aktiv am Verbandsleben beteiligt. Das Amt des Kassierers hat er in schwerster Zeit mit peinlichster Gewissenhaftigkeit geführt. Obwohl Kollege Schaller vor einigen Jahren die Meisterprüfung gut bestanden hat und er seitdem als Abteilungsleiter fungiert, ist er doch nach wie vor einer der eifrigsten Versammlungsbesucher und Förderer unseres Verbandes. Dem Jubilar wurden zu seinem Ehrentage alleseitig herzlichste Glückwünsche überbracht.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom zweiten Quartal gingen weiter bis zum 1. September bei der Verbandskasse ein: von Stolp — Mk. = Ebersbach-Neugersdorf — Mk.
Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen aus den Zahlstellen Köslin = Göttingen = Großenhain = und Trossingen.

Inhaltsverzeichnis.

Zum Frankfurter Gewerkschaftstages. Ist die soziale Entwidlung eine Gefahr? Innungen und Gewerkschaften. Ganz wie bei uns! Kurze Kollegen. Stimmen aus unserem Kollegenkreis: Bitte, keine Beitragserhöhung. Austausch-Geldern. Von der Arbeitslosenpflicht zum freiwilligen Arbeitsdienst II. (Schluß). Internationales: Bezahlter Urlaub für Buchbinder in Belgien. — Belgien. — Zehnte skandinavische Konferenz der Buchbinder in Stockholm. Berichte: Frankfurt a. M.-Offenbach. — Bezirksstag Ostpreußen. — Keutlingen. — Sorau. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Abrechnungen.

Sterbetafel.

- Im Monat August sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:
- Altenburg:** Hans Gimpel, Buchbinder, 31 Jahre, Lungentzündung.
 - Berlin:** Benno Neumann, Buchbinder, 26 Jahre, Lungenerkrankung.
 - Hedwig Potgießer, Kartonarbeiterin, 56 Jahre (Todesursache?).
 - Eugen Brückner, Portefeulleur, 58 Jahre, Herzschlag.
 - Karl Kilian, Kartonarbeiter, 47 Jahre, Freitod.
 - Otto Heise, Buchbinder, 64 Jahre, Gehirnerweichung.
 - Gustav Silberberg, Buchbinder, 67 Jahre, Magenkrebs.
 - Chemnitz:** Walter Dorno, Buchbinder, 42 Jahre, ertrunken.
 - Dormund:** Clara Hohmann, Buchbindereiarbeiterin, 32 Jahre, Lungentuberkulose.
 - Dresden:** Margarete Tischöpe, Kartonagenarbeiterin, 28 Jahre, Bauchfellentzündung.
 - Eisenberg:** Gustav Obst, Etuisarbeiter, 46 Jahre, Magenleiden.
 - Leipzig:** Max Christmann, Buchbinderinvalide, 54 Jahre, Unfall.
 - Oskar Haas, Buchbinder, 59 Jahre, Herzschlag.
 - Emil Mann, Buchbinderinvalide, 78 Jahre, Altersschwäche.
 - Otto Stephan, Buchbinder, 62 Jahre, Schlaganfall.
 - Ely Herfurth, Buchbindereiarbeiterin, 19 Jahre, Bluterkrankung.
 - Hildegard Kirchhof, Buchbindereiarbeiterin, 28 Jahre, Kehlkopfleiden.
 - München:** Anna Zimmer, Falzerin, 39 Jahre.
 - Nürnberg:** Elise Blank, Lugsuspapierarbeiterin, 57 Jahre, Lungenerkrankung.
 - Plauen:** Oskar Schwind, Buchbinder, 67 Jahre, Unglücksfall.
 - Gerhard Blonke, Buchbinder, 31 Jahre, Freitod.
 - Stettin:** Berthold Dickow, Buchbinder, 30 Jahre, Lungentuberkulose.

Allen ein ehrendes Andenken!